

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Stunde der Entscheidung.

Ist Rußland berechtigt, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen?

Von [Nachdruck verboten.]

Georg Gothein, Mitglied des Reichstages.

Was gibt Rußland ein besonderes Recht, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt einzumischen? Nirgends grenzt es an Serbien; in weitem Umfang liegt rumänisches, ungarisches und bulgarisches Gebiet dazwischen; schon letzteres hat keine Landgrenze mit Rußland. Auch dynastische Beziehungen, die übrigens heute noch weniger als ein Grund zur Einmischung angesehen werden könnten, bestehen zwischen beiden Ländern nicht. Solange Oesterreich keine territorialen Veränderungen auf der Balkanhalbinsel vornimmt — und es erklärt, das keinesfalls zu wollen —, spielen auch keine Machtverschiebungen mit, die Rußland irgendwie gefährlich werden könnten, indem Oesterreich als eventueller Gegner Rußlands einen Kräftegewinn daraus ziehen könnte. — Jrgendein Bündnis, das Rußland verpflichtete, Serbien, im Fall es angegriffen wird, beizustehen, besteht ebenfalls nicht. Den Schiedsrichter oder die Polizei in Europa zu spielen, wenn sich zwei Völker in die Haare geraten, kann es auch nicht verlangen.

Einzig und allein der Anspruch als slawische Vormacht überall den Schutz der bedrohten Slaven zu übernehmen, ist es, womit es seinen Einspruch zu rechtfertigen verucht. Sein Prestige gegenüber den slawischen Völkern würde leiden, wenn es dem bedrohten Serbien nicht zu Hilfe käme.

Zweifellos ist Rußland das Staatswesen, das die meisten Angehörigen der großen slawischen Völkerfamilie in sich umfaßt. Aber gibt ihm das ein Recht, sich als Schutzmacht der Slaven aller Länder aufzuspielen? Worin beruht denn dieser slawische Völkervereinigung? Etwa in der gemeinsamen Sprache? Der Groß- oder Kleinrussen kann weder den Serben noch Bulgaren, weder den Polen, noch Tschechen, noch Letten verliehen. Es gibt keine gemeinsame slawische Sprache und damit kein Kulturelement, das die slawischen Völker untereinander verbindet.

Aber selbst wenn es der Fall wäre, würde der Anspruch einer Macht die Interessen aller Sprachgenossen zu vertreten, ein unerhörtes, höchst gefährliches sein. Dann könnte Deutschland mit dem gleichen Recht die Wahrnehmung der Rechte aller Deutschsprechenden — in Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, Rußland — verlangen. Wir sind sehr schmerzlich berührt von den Vergewaltigungen der Deutschen in den russischen Ostprovinzen — wir sehen mit Abheben auf die Rechtslosigkeit und Mißhandlung der — doch deutschsprechenden — Juden in Rußland; aber wir denken nicht daran, uns deshalb in die inner-russischen Verhältnisse einzumischen, so wenig wie Schweden daran denkt, gegen Rußland wegen der Mißhandlung und Entrechtung seiner Sprachgenossen in Finnland vorzugehen. Nach dieser Theorie könnte Italien sich wegen der italienisch sprechenden Schweizer, Frankreich sich wegen der französisch sprechenden Schweizer, Belgien, Luxemburg in die Verhältnisse der Schweiz, Belgiens, Luxemburgs, England sich in die der Vereinigten Staaten oder umgekehrt einmischen usw.

Ja, aber die Blutsverwandtschaft! Blut ist dicker als Wasser; Blut ist ein ganz besonderer Saft; er schafft Sympathien, Zusammengehörigkeitsverhältnisse, Verpflichtungen zu gegenseitiger Hilfe und was der schon klingenden Phrasen mehr sind.

Wenn man von Negern, Mongolen, Malaien, Indianern, Chinesen, Japanern, Eskimos usw. absteht und sich auf die weiße Rasse beschränkt, so gibt es auch in ihr kaum ein reinerassiges Volk. Alles sind Mischvölker — am meisten die interessanten slawischen Völkerschaften an unterer Donau und auf dem Balkan — ein Gemisch von Slaven mit Griechen, Rumänen, Deutschen, Türken und Italienern. Und wir Deutschen, zumindest östlich der Saale und Elbe, sind eine Mischung deutschen und slawischen Blutes; wir würden es uns aber höchlichst verbitten, daß die slawische Vormacht sich deshalb um unsere vermischten oder unvermischten slawischen Blutsverwandten kümmern, oder wenn wir als germanische Vormacht uns in die inneren Verhältnisse der drei slawischen Reiche, Englands, der Vereinigten Staaten, Hollands, der Schweiz, Oesterreichs, Belgiens und schließlich auch Rußlands kümmern wollten. Das wäre der Krieg aller gegen alle!

Und wie sollte es bei den romanischen Völkern sein? Natürlich würde da Frankreich ambieren, die Vormacht zu sein, womit Italien und Spanien, die Schweiz, aber auch Belgien wenig einverstanden sein würden, zumal in den beiden letzteren ja auch, und zwar überwiegend, die germanische Vormacht sich zur Geltung zu bringen haben würde.

Der ganze Gedanke des politischen Panlawismus ist so ungeheuerlich, daß man nur nötig hat, einmal seine Konsequenzen auch für andere Völkerguppen zu ziehen, um ihn ad absurdum zu führen.

Dabei ist diese angebliche Blutsverwandtschaft etwas recht zweifelhaftes. Man vergleiche nur einmal den südslawischen Lypus — Dalmatiner, Montenegro, Serben oder Kroaten — mit den nördlichen Slaven oder Polen. Noch weit verdiehnener als die Sprache ist der Mensch. Und die beteiligten Menschen haben auch früher nichts davon geruht; man hat ihnen durch

fanatischer so lange davon vorgepredigt, bis ein Teil von ihnen es sich hat jügerieren lassen.

Der Panlawismus ist und bleibt nichts als eine Theorie, geeignet zur Agitation — staatsrechtlich ein Ding der Unmöglichkeit. Legten Endes wehrt sich Oesterreich-Ungarn — das Reich, das nächst Rußland die stärkste slawische Bevölkerung hat — in Serbien gegen die panlawistische Idee, die hier in der Feindesmeinung eines Großerbentums auftritt; gegen die Idee, die ein Reich mit rund zur Hälfte slawischer Bevölkerung zertören muß. — Ob der Weg, den es mit Ultimatum und Kriegserklärung eingeschlagen hat, zu dem erwünschten Ziel führt, ist eine Frage für sich. Jedenfalls wird — auch wer auf dem Standpunkt steht, daß der anarchische völkerechtliche Weg der kriegerischen Selbsthilfe im Zeitalter der internationalen Gerichtsbarkeit nicht der richtige ist — bei ruhiger Ueberlegung den russischen Anspruch zur Wahrung seines panlawistischen Prestiges für ungerechtfertigt erklären. Der Panlawismus ist — ebenso wie es ein Rangenmanismus oder ein Romanismus sein würde — völkerechtlich unmöglich, eine Gefahr für das friedliche Nebeneinanderleben der Staaten. Und das sollten die friedliebenden Elemente aller Völker einsehen.

* * *

Die Situation.

Von der politischen Situation ist in der gegenwärtigen Stunde zu sagen, daß sie unvermindert ernst bleibt, obwohl immer noch eine Hoffnung auf Erhaltung des Friedens weiter besteht. Diese Hoffnung gründet sich auf Vermittelungsversuchen und auf Verhandlungen, deren Resultat man abwartet. Die Entscheidung darüber, ob der Krieg lokalisiert bleiben kann, hängt vom Ausgang dieser Verhandlungen ab und kann bald erfolgen. Von seiten der deutschen Regierung und auch von anderen Seiten wird in diesem Augenblick mit Hochdruck an der Beseitigung der Gefahr gearbeitet, aber nachdem in den Vormittagsstunden eine etwas günstigere Auffassung vorgeherrschte hatte, ist jetzt wieder die Ansicht die, daß der Erfolg der Bemühungen zweifelhaft sei. Ueber die Beratungen, die gestern abend in Potsdam stattfanden, wird natürlich absolutes Stillschweigen gewahrt, aber man hat den Eindruck, daß an den maßgebenden Stellen, bei dem ganz selbstverständlichen Bestreben, sich nicht in eine allzu nachteilige militärische Lage bringen zu lassen, doch im Vertrauen auf die deutsche Wehrmacht der Wunsch vorgewaltet hat, zunächst einmal das Ergebnis der eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen abzuwarten. In politischen Kreisen war heute das Gerücht verbreitet, daß der Bundesrat einberufen sei. Es dürfte vom Gang der Ereignisse abhängen, ob der Bundesrat zusammenzutreten wird. Eines ist gewiß: daß dies die Entscheidungsumstände ist.

*

Ein Berliner Blatt ließ um halb drei Uhr nachmittags ein Extrablatt verbreiten, welches ankündigte, daß der Kaiser die Mobilmachung des Heeres und der Flotte angeordnet habe. Diese Nachricht ist erfunden. Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau ist sofort veranlaßt worden, die folgende Erklärung auszugeben:

„Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, ist die durch ein Extrablatt des „Berliner Lokal-Anzeigers“ verbreitete Nachricht, daß seine Majestät der Kaiser die Mobilisierung der Flotte und des Heeres angeordnet habe, un wahr.“

Auch im Auswärtigen Amt und im Kriegsministerium wurde un serklärt, daß bisher keine Mobilmachungorder ergangen sei.

Zwei russische Automobile in Lothringen angehalten.

(Telegramm unseres Spezialkorrespondenten.)

— Saarbrücken, 30. Juli.

Großes Aufsehen erregt in Saarlouis die Siftierung von zwei ausländischen Automobilen, deren Fahrer, zwei Chauffeure und ein Begleiter, in Saarlouis fest machten und im Kaiserhof-Hotel abgestiegen waren, um zu frühstücken. Dem Besitzer des Hotels kamen die Wagen verdächtig vor, weshalb er die Polizei benachrichtigte. Diese untersuchte gemeinsam mit einem Fahrradhändler die Automobile, und hierbei soll festgestellt worden sein, daß es zwei russische Generalstabswagen waren. Der Begleiter der beiden Chauffeure, der außer russisch auch französisch sprach, gab an, daß die beiden Wagen dem russischen Großfürsten Nikolaus und einem Fürsten Orlov gehörten, die sich mit der Bahn von Frankfurt a. M. nach Paris begeben hätten. Die beiden Chauffeure, der Begleiter sowie die Wagen wurden angehalten. Man fand darin eine Schreibmaschine, einen Feldstecher und Feldtasche. Aus Berlin wurde telegraphische Weisung erteilt,

was mit den Festgenommenen zu geschehen habe. Bisher ist Antwort nicht eingetroffen.

Z Straßburg i. G., 30. Juli.

Zur Behebung der bereits eingetretenen teilweise erheblichen Preissteigerung im Lebensmittelvertrieb leitet die Straßburger Verwaltung eine Zusammenkunft von Vertretern der einschlägigen Gewerbezeuige, besonders von Großhändlern, in die Wege, die Maßnahmen treffen sollen, um solche Preissteigerungen zu verhindern. Die Militärbehörde gibt bekannt, daß in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli in der Umgebung Straßburgs eine seit einiger Zeit vorbereitete große militärische Uebung abgehalten werden wird, durch die die Bevölkerung sich nicht beunruhigen lassen soll.

Nächtlicher Kampf vor Belgrad.

(Telegramm unseres Spezialkorrespondenten.)

— L. Semlin, 30. Juli.

Kurz nach Mitternacht versuchten die Serben abermals, die Brücke zu zerstören. Unter dem Lichte des Scheinwerfers eines Monitors, der beständig die Brücken bewacht, sah man eine starke Abteilung serbischer Infanterie vorrücken. Die Serben wurden durch die österreichische Artillerie mit Schrapnells und Maschinengewehren beschossen. Auf serbischer Seite gab es viele Tote und Verwundete, und die Serben mußten zurück. Nach 2 Uhr wurde es wieder ruhig, aber schon gegen 4 Uhr begann wieder lebhaftes Geschwesser. Zwei der vor Semlin liegenden Monitore waren los und verschwanden. Dafür erschien der Schlepper „Alkotman“ auf der Donau und wagte sich auf serbisches Gebiet hinüber. Er fährt langsam dicht an den Schanzen und der Stadt Belgrad vorbei und kehrt dann wieder zurück. Die Serben eröffnen ein wüdes Feuer auf den Dampfer, und man kann feststellen, daß die zerstörten Schanzen wieder stark von serbischer Infanterie besetzt sind. Offenbar hatte die Kühne Fahrt des Schleppers den Zweck, die serbischen Stellungen zu erkunden. Zwei Mann der Besatzung des Schleppers sind von den serbischen Angeln tödlich getroffen worden. Der „Alkotman“ war von einem kleinen Boot begleitet, einem Avisoboot der Kriegsmarine der Donauflotte. Auch der Kommandant dieses Kriegsfahrzeuges, das sich mutig den Angeln des Feindes ausgesetzt hat, soll gefallen sein.

Keine Mobilisierung in England.

(Telegramm unseres Spezialkorrespondenten.)

— L. London, 30. Juli.

Sier wird offiziell erklärt, daß die militärischen Behörden keinerlei Maßregeln getroffen hätten, die als Mobilmachung zu betrachten seien. Die bei der Flotte getroffenen Vorkehrungen seien nichts als eine Vorsichtsmaßregel, und keine Mobilisierung sei angeordnet. Die erste Flotte hat gestern die Rede von Portland verlassen; die Torpedozerstörer-Flottilien sind von der irischen Küste herbeiebeordert worden. Die Leitartikel der englischen Presse zeigen heute morgen eine pessimistischere Auffassung. Asquiths gestrige Erklärung im Unterhause, daß die Situation außerordentlich ernst sei, hat die Hoffnungen auch der stärksten Optimisten herabgemindert. Asquith drückte sich mit außerordentlicher Bestimmtheit aus und seine Worte hinterließen, „sagen heute die „Daily News“, eine sehr niedergedrückte Atmosphäre im Hause“. Selbst eine Petersburger Meldung, die russische Regierung habe eine ausdrückliche offizielle Erklärung Oesterreichs erhalten, daß der Territorialbesitz Serbiens in seiner Weise angefaßt werden würde, macht hier die Stimmung nicht hoffnungsvoller. Man weist darauf hin, daß England ganz dieselben Worte vor dem Burenkriege brauchte und damals auch die ehtliche Absicht hatte, aber die Umstände waren eben zwingender, als man voraussetzen konnte. Das Resultat war bekanntlich die Annexion Transvaals. Die „Times“ sagen: Die Vorkehrungen, die Oesterreich gegen Serbien trifft, erinnern sehr an das Vorgehen Oesterreichs von 55 Jahren gegen Piemont. Leht wie damals habe die habsburgische Monarchie in hohem Maße die Sympathien Europas bei seiner berechtigten Schwäche für sich, bis sie diese durch Mangel an Selbstbeschränkung vor Klugheit verurteilte. Die „Times“ weisen darauf hin, daß die Verheerung, wonach Oesterreich seinen Territorialgewinn erstrbe, in dem Manifest des Kaisers nicht enthalten sei. Das Blatt betont weiter, aber, daß die Besprechungen zwischen Berlin und Petersburg fortgesetzt würden. Es sei ein offenes Geheimnis, daß Deutschland sein Bestreben, um den Draht zwischen der russischen und der österreichischen Hauptstadt wieder herzustellen. „Daily Telegraph“ sagt, England bleibe der Triplicente treu und sei vollkommen bereit, seine Verpflichtungen gegenüber der Entente zu erfüllen. Der „Standard“ schreibt, man müsse sich darüber klar sein, daß England sich unter keinerlei Verpflichtungen befinde. Sir Edward Grey habe noch am 12. Juni im Parlament erklärt, daß England im Falle eines Bruches zwischen den europäischen Mächten vollständig freie Hand habe. Der „Daily Graphic“ hofft auf einen friedlichen Ausgange teils, weil alle Mächte mit der größten Aufrichtigkeit und Selbstver-